



School of
Management and Law

«Partizipation neu denken»

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Kanton Zürich

Institut für Verwaltungs-Management (IVM)

Alexander Mertes, Caroline Brüesch, Damaris Fischer, Kevin Andermatt

Auftraggeberin:



Kanton Zürich

IMPRESSUM

Juni 2021

Auftraggeberin

Kathrin Arioli, Staatsschreiberin,
Staatskanzlei des Kantons Zürich

Auftragnehmer

ZHAW School of Management and Law
Institut für Verwaltungs-Management (IVM)
Bahnhofplatz 12
8400 Winterthur

Projektausschuss

Regierungsrätin Jacqueline Fehr

Fachliche Begleitung

Stephan Ziegler, Statistisches Amt,
Kanton Zürich
Lukas Steudler, egovpartner,
Kanton Zürich
Franziska Moser, Abteilung Digitale
Verwaltung und E-Government,
Kanton Zürich

Interne Projektleitung

Nadine Wattering, Abteilung Digitale
Verwaltung und E-Government,
Kanton Zürich
Céline Colombo, Direktion der Justiz
und des Innern, Kanton Zürich

Externe Projektleitung

Caroline Brüesch
Alexander Mertes

Autorinnen und Autoren

Damaris Fischer
Alexander Mertes
Caroline Brüesch
Kevin Andermatt

Grafik & Layout

Marion Schwarz, Design & Illustration

Kontakt

Dr. Alexander Mertes
ZHAW School of Management and Law
Fachstelle Public Performance Management
and Digital Transformation
Bahnhofplatz 12
8400 Winterthur
+41 58 934 62 75
alexander.mertes@zhaw.ch

Besuchen Sie uns im Internet:

[ZHAW Institut für Verwaltungs-Management](#)

Management Summary

Das Ziel der Bevölkerungsbefragung im Kanton Zürich ist die Erhebung der Einstellungen der Zürcher Bevölkerung zum Thema politische Partizipation sowie zu den dabei verwendeten Partizipationskanälen (digital, analog oder digital und analog bzw. hybrid). Die Ergebnisse dieser Bevölkerungsbefragung sollen in die Erarbeitung einer Konzeption «Partizipation neu denken» als Teil des Legislaturziels «Teilhabe» des Kantons Zürich (Legislaturziel 5, RRZ 5e und 5f) einfließen.

Im Zeitraum vom 1. bis 24. März 2021 führte das Institut für Verwaltungs-Management (IVM) der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Auftrag der Staatskanzlei des Kantons Zürich eine Bevölkerungsbefragung im Kanton Zürich zu folgenden Themen durch:

- Partizipation und Digitalisierung im Allgemeinen
- Partizipationsmöglichkeiten
- Partizipation im Kanton Zürich
- Fragen zu E-Voting, E-Collecting, E-Vernehmlassung

Insgesamt wurden 7000 Personen angeschrieben. Die bereinigte Stichprobe umfasst 1790 Antworten, was einer Rücklaufquote von 25.6 Prozent entspricht. Die Stichprobe spiegelt in etwa das Geschlechterverhältnis zwischen Männern und Frauen im Kanton Zürich wider. Die Personen der Altersklasse von 16 bis 39 Jahre sind im Vergleich zur Altersverteilung im Kanton Zürich leicht untervertreten, ebenso die über 80-Jährigen. Die weiteren Altersklassen sind hingegen leicht übervertreten (40- bis 79-Jährige). 76.2 Prozent der Befragten geben an, die Schweizer Staatsangehörigkeit zu haben. Zudem beträgt der Anteil der Personen, die eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, 16.4 Prozent. 7.4 Prozent besitzen eine Schweizer Staatsangehörigkeit und zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten.

Es fällt insgesamt auf, dass die Befragten ein Bedürfnis nach mehr Partizipation im Kanton Zürich äussern: Über 47 Prozent der Befragten finden, dass es aktuell eher zu wenig oder viel zu wenig Mitwirkungsmöglichkeiten bei strategischen Projekten, gesellschaftlichen Themen, Gemeindeversammlungen und aktuellen Herausforderungen gibt. Personen ab 65 Jahren wünschen sich zwar mehrheitlich ebenfalls mehr Partizipationsmöglichkeiten, sie sind jedoch auch am häufigsten unter den Personen vertreten, für welche es bereits genug, eher zu viel oder zu viel Mitspracheangebote im Kanton Zürich gibt.

Insgesamt erachten die Befragten den Einbezug der Bevölkerung als wichtig. Den Aussagen, wonach durch eine digitale Partizipation Jugendliche besser erreicht werden können sowie, dass eine Mischform aus digitaler und analoger Partizipation der beste Weg zum Einbezug der Bevölkerung ist, stimmen die Befragten im Durchschnitt überwiegend zu.

Ferner werden digitale oder digital und analog kombinierte (sogenannte hybride) Partizipationskanäle gegenüber ausschliesslich analogen bevorzugt. Personen über 80 Jahren befürchten dabei eher, dass ein Teil der Bevölkerung bei einer digitalen Partizipation ausgeschlossen wird. Diese Personengruppe bevorzugt auch eher analoge Partizipationsmöglichkeiten.

Werden analoge und digitale Partizipation miteinander verglichen, so sehen die Befragten die Vorteile von digitaler Partizipation in der Ortsunabhängigkeit, der Schnelligkeit, den Kosteneinsparungen, dem grösseren Einbezug von Personen und der höheren Ergebnisqualität. Bei der analogen Partizipation sehen die Befragten hingegen die Vorteile im Schutz persönlicher Informationen, der technischen Sicherheit und bei der persönlichen Diskussion über Politik.

Eine Mehrheit der Befragten bevorzugt über alle Partizipationsgrade (Information – Konsultation – Mitmachen – Mitentscheiden) hinweg den digitalen Kommunikationsweg, jeweils gefolgt vom hybriden Format. Einzig die Altersklasse der über 80-Jährigen bevorzugt bei allen Partizipationsgraden eine Teilhabe in analoger Form.

Darüber hinaus wurden den Befragten anhand von drei Fallbeispielen Partizipationsmöglichkeiten zur Bewertung präsentiert: Beteiligung an einem Raumplanungsprojekt mit Mitwirkung an Sitzungen, Eingabe von Ideen bei einem partizipativen Budget und Teilnahme an Diskussionen zu einem strategischen Projekt der Sportförderung. Es zeigt sich, dass der Anteil von Personen, der an den drei Mitwirkungsformaten teilnehmen würde, sich ungefähr mit dem Stimmenanteil bei Wahlen und Abstimmungen im Kanton Zürich deckt – zwischen 44.7 und 51.9 Prozent würden sich bei den in den Fallbeispielen genannten Partizipationsmöglichkeiten beteiligen wollen. Auffällig ist, dass beim Beispiel «Raumplanungsprojekt», bei dem gefragt wird, ob Personen sich in einer Kommission an Sitzungen einbringen würden, vor allem jüngere Personen «Nein» angeben. Hingegen würde sich eine Mehrheit der jüngeren Befragten bei den anderen beiden Fallbeispielen, dem partizipativen Budget und dem strategischen Projekt, beteiligen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Bevölkerung im Kanton Zürich das Thema Partizipation wichtig ist. Es zeigen sich dabei signifikante Unterschiede, insbesondere in Bezug auf das Alter. Personen ab 80 Jahren wünschen sich im Vergleich zu den anderen Altersklassen Partizipation eher in analoger Form. Personen ab 65 Jahren schätzen die aktuellen Partizipationsmöglichkeiten am häufigsten als ausreichend ein. Demgegenüber steht das Bedürfnis von über 47 Prozent der Befragten nach mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei einer Vielfalt politischer Themen. Zudem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die meisten Befragten digitale oder hybride Partizipationskanäle gegenüber analogen bevorzugen.

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| MANAGEMENT SUMMARY | 3 |
| ABBILDUNGSVERZEICHNIS | 6 |
| 1 BEVÖLKERUNGSBEFRAGUNG | 7 |
| 1.1 Auftrag und Forschungsdesign | 7 |
| 1.2 Merkmale der Befragten | 8 |
| 2 ALLGEMEINE FRAGEN ZUR PARTIZIPATION UND DIGITALISIERUNG | 11 |
| 3 PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN (FALLBEISPIELE) | 17 |
| 4 PARTIZIPATION IM KANTON ZÜRICH | 19 |
| 5 E-VOTING, E-COLLECTING, E-VERNEHMLASSUNG | 23 |

Abbildungsverzeichnis

| | | |
|----------|---|----|
| Abb. 1: | Verteilung der Altersgruppen im Kanton Zürich und in der Stichprobe | 3 |
| Abb. 2: | Übersicht Verteilung der Befragten auf Gemeinden nach Grösse | 4 |
| Abb. 3: | Aussagen zu Partizipation im Allgemeinen | 6 |
| Abb. 4: | Aussagen zu Partizipation im Allgemeinen nach Altersklassen | 7 |
| Abb. 5: | Wahrgenommene Vorteile analoger und digitaler Partizipation | 9 |
| Abb. 6: | Bevorzugter Partizipationskanal nach Partizipationsgrad | 10 |
| Abb. 7: | Bereitschaft, an den Fallbeispielen zu partizipieren | 13 |
| Abb. 8: | Übersicht Vertrauen in formale Partizipationsmöglichkeiten | 15 |
| Abb. 9: | Aussagen zu digitaler Partizipation | 16 |
| Abb. 10: | Partizipationsmöglichkeiten verschiedener Bereiche im Kanton Zürich | 17 |
| Abb. 11: | Bevorzugter Informationskanal | 18 |
| Abb. 12: | Einführung von E-Voting, E-Collecting und E-Vernehmlassung im Kanton Zürich | 19 |

1 Bevölkerungsbefragung

1.1 AUFTRAG UND FORSCHUNGSDESIGN

Im Auftrag der Staatskanzlei des Kantons Zürich begleitet das Institut für Verwaltungs-Management (IVM) der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) das Projekt «Partizipation neu denken», welches in zwei Teilprojekte unterteilt ist: Bei der Partizipation an politischen Prozessen (Teilprojekt 1) soll mittels digitaler Instrumente die Teilhabe am politischen Geschehen für Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zürich einfacher und transparenter gestaltet werden. Bei der Partizipation an Behördenprozessen (Teilprojekt 2) sollen Nutzerinnen und Nutzer im Kanton Zürich in die Erstellung und Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen involviert werden, um ihre Bedürfnisse besser zu verstehen, die Prozesse zu optimieren oder neue Dienstleistungsfelder zu erschliessen. Als Konsequenz wird eine höhere Legitimation und Akzeptanz staatlichen Handelns und eine verbesserte Qualität von Entscheidungen erhofft. Im Mittelpunkt des Projektes «Partizipation neu denken» steht dabei immer die Bevölkerung des Kantons Zürich.

Das übergeordnete Ziel der beiden Teilprojekte besteht darin, mit wissenschaftlichen Methoden zu prüfen, wie unter besonderer Berücksichtigung digitaler Möglichkeiten die Zürcher Bevölkerung stärker in die Planungs- und Gestaltungsprozesse des Kantons einbezogen werden kann.

Als Ergebnis einer Initialisierungsphase ist im Sinne einer Soll-Konzeption (einschliesslich Varianten und Beurteilungskriterien) zu entscheiden, ob das Thema weiterbearbeitet werden soll, und falls ja, in welcher Form (vgl. Lastenheft IP.3 «Partizipation neu denken» aus dem aktualisierten Impulsprogramm vom 1. April 2020). Dieser Bericht stellt die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung für die Partizipation bei politischen Prozessen (Teilprojekt 1) vor.

In der Bevölkerungsbefragung wurden 7000 Personen ab 16 Jahren vom Statistischen Amt des Kantons Zürich zufällig über das Einwohnerinnen- und Einwohnerregister ausgewählt und persönlich angeschrieben. Die eingeladenen Personen erhielten einen individuellen Zugangscodex, um sich für die Online-Befragung über das Internet einzuloggen. Die Umfrage lief vom 1. März 2021 bis zum 24. März 2021. In der Mitte der Erhebungsphase wurden Personen, welche die Umfrage noch nicht ausgefüllt hatten, mit einem Erinnerungsschreiben erneut kontaktiert. Des Weiteren wurden auf Wunsch auch Papierfragebögen an Personen ohne Internetzugang verschickt.

Der Fragebogen bestand aus insgesamt 41 Fragen, welche die Themenfelder Partizipation und Digitalisierung im Allgemeinen, Partizipationsmöglichkeiten, Partizipation im Kanton Zürich und soziodemografische Merkmale abdeckten. Die Datenauswertung erfolgte mit der Statistiksoftware SPSS.

1.2 MERKMALE DER BEFRAGTEN

Der Fragebogen wurde insgesamt 1915 Mal aufgerufen. In der Datenbereinigung wurden im Rohdatensatz Mehrfacheingaben entfernt und nur Fragebögen berücksichtigt, die mindestens zwei vollständig beantwortete Fragen umfassen. Zudem wurden Tests auf Plausibilität der Antworten sowie der Antwortmuster durchgeführt. Die Nettostichprobe umfasst schliesslich 1790 individuelle Antworten, was einer Rücklaufquote von 25.6 Prozent entspricht.

Die Umfrage wurde von 99.3 Prozent der Teilnehmenden online ausgefüllt und 0.7 Prozent schickten einen Papierfragebogen ein (N¹=1790). Von den Personen, welche die Umfrage online und bis zum Schluss ausgefüllt haben, nutzten 49.3 Prozent einen Laptop oder Computer, 6.3 Prozent ein Tablet und 32.8 Prozent ein Smartphone für die Teilnahme. 11.6 Prozent machten keine Angabe zum benutzten Gerät (N=1582).

Im Hinblick auf die soziodemografische Zusammensetzung der Befragten besteht die Stichprobe aus 50.8 Prozent männlichen und 49.1 Prozent weiblichen Befragten. Zudem geben 0.1 Prozent an, sich keinem dieser Geschlechter zugehörig zu fühlen. Diese Verteilung zwischen Männern und Frauen entspricht in etwa dem Geschlechterverhältnis von 49.8 Prozent Männern und 50.2 Prozent Frauen im Kanton Zürich². Das Durchschnittsalter der Befragten liegt bei 48.7 Jahren, das niedrigste Alter bei 16 Jahren und das Höchstalter bei 93 Jahren (SD³=16.735, N=1502). Insgesamt sind 3.5 Prozent der Teilnehmenden zwischen 16 und 19 Jahre und 29.3 Prozent zwischen 20 und 39 Jahre alt. Die Kategorie der 40- bis 64-Jährigen ist mit 47.3 Prozent am stärksten vertreten. Weiter sind 16.7 Prozent zwischen 65 und 79 Jahre alt und die Altersklasse der 80-Jährigen und Älteren ist mit 3.2 Prozent vertreten. Abbildung 1 stellt die Altersverteilung im Vergleich zur tatsächlichen Verteilung im Kanton Zürich dar. Es lässt sich erkennen, dass die jüngeren Befragten zwischen 16 und 39 Jahren sowie die älteste Altersklasse eher untervertreten sind und die mittleren Altersklassen zwischen 40 und 79 Jahren eher übervertreten sind.

1 N=Gesamtzahl der untersuchten Individualantworten pro Frage.

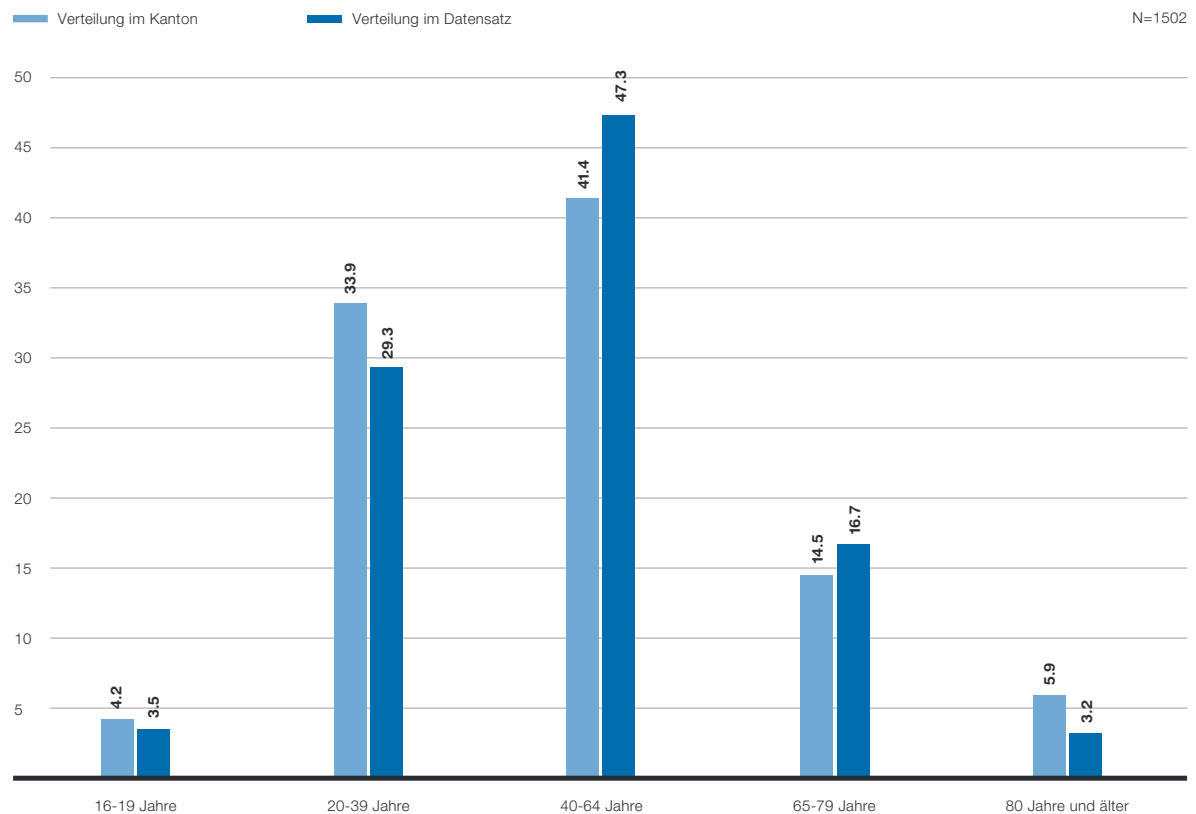
2 Quelle: Statistisches Amt (2020). Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Alter. Aufgerufen am 26.03.2021 unter: <https://www.zh.ch/de/soziales/bevoelkerungszahlen/bestand-struktur.html>

3 SD=Standardabweichung.

Abb. 1

VERTEILUNG DER ALTERSGRUPPEN IM KANTON ZÜRICH UND IN DER STICHPROBE

Angaben in %



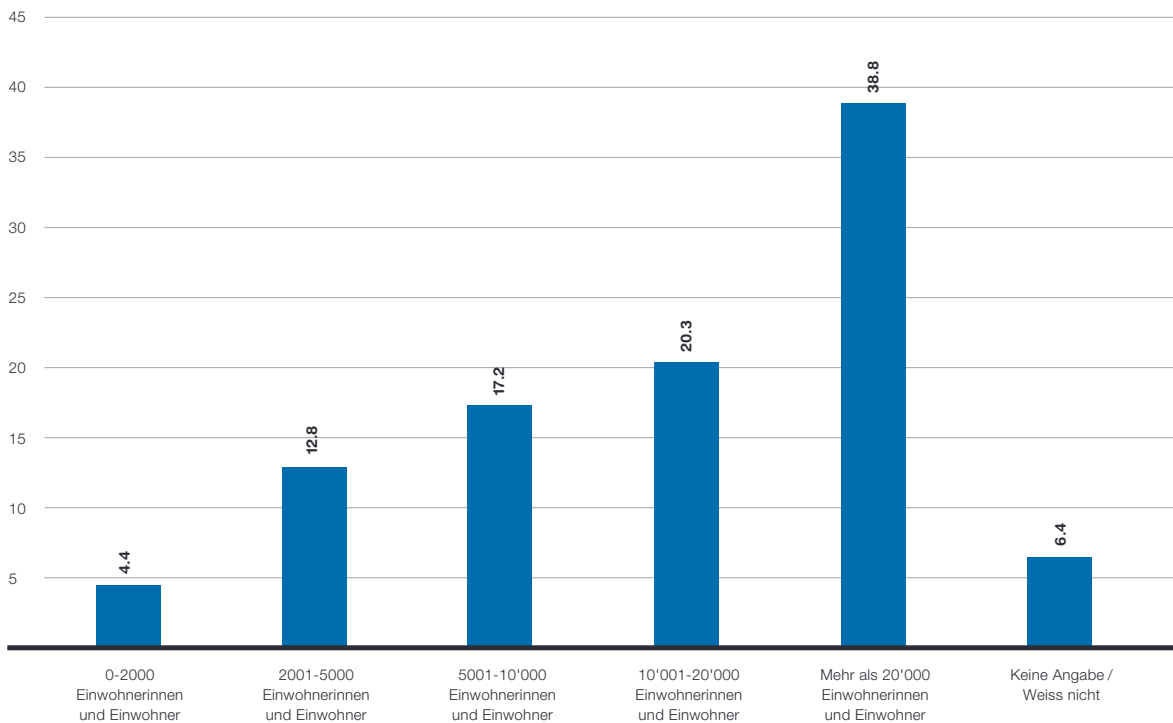
Hinsichtlich des höchsten Bildungsabschlusses geben die Befragten am häufigsten einen Hochschulabschluss an (41.4%), gefolgt von der Berufslehre (26.0%). Am wenigsten häufig wird die obligatorische Schule (3.7%), anderer Abschluss (2.6%) oder keine Ausbildung (0.6%) genannt (N=1566). Insgesamt geben 76.2 Prozent der Befragten an, die Schweizer Staatsangehörigkeit zu besitzen. Zudem beträgt der Anteil der Personen, die eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, 16.4 Prozent. 7.4 Prozent besitzen eine Schweizer und mindestens eine andere Staatsangehörigkeit (N=1338).

Abb. 2

ÜBERSICHT VERTEILUNG DER BEFRAGTEN AUF GEMEINDEN NACH GRÖSSE

Angaben in %

N=1598



Bezüglich der Grösse des Wohnortes ist erkennbar, dass mehr Personen aus grösseren Gemeinden teilgenommen haben, was die Wohnstruktur des Kantons Zürich abbildet: Insgesamt geben 4.4 Prozent an, in einer Gemeinde mit bis zu 2000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu leben, 12.8 Prozent in einer Gemeinde mit 2001 bis 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 17.2 Prozent in einer Gemeinde mit 5001 bis 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Weiter sind 20.3 Prozent in einer Gemeinde mit 10'001 bis 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu

Hause und 38.8 Prozent geben an, in einer Stadt mit mehr als 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu leben. Insgesamt 6.4 Prozent geben an, die Grösse ihrer Wohnge-
meinde nicht zu kennen oder sich nicht dazu äussern zu wollen (N=1598). Die Verteilung der Befragten auf die verschiedenen Kategorien der Gemeindegrösse ist in Abbildung 2 festgehalten.

2 Allgemeine Fragen zur Partizipation und Digitalisierung

Als Einstieg in den Fragebogen wurden das politische Interesse sowie die Meinung zu Partizipation und Digitalisierung im Allgemeinen erhoben. Auf einer Skala von 1 (= trifft überhaupt nicht zu) bis 7 (= trifft voll zu) geben die Befragten mit einem durchschnittlichen Wert von 5.01 an, sich eher für Politik zu interessieren (SD=1.571, N=1780). Mit einem Durchschnittswert von 5.08 befinden die Befragten zudem, dass Partizipation im Allgemeinen eher wichtig ist (SD=1.627, N=1757).⁴ In Bezug auf die Digitalisierung stimmen die Befragten der Aussage «Ich finde, dass die Digitalisierung im Schnitt mehr Chancen als Risiken bietet» mit einem Durchschnittswert von 5.07 eher zu (SD=1.667, N=1699).

Weiter wurden die Teilnehmenden befragt, inwiefern sie verschiedenen Aussagen zur Partizipation im Allgemeinen zustimmen. Es zeigt sich, dass auf einer Skala von 1 (= trifft überhaupt nicht zu) bis 7 (= trifft voll zu) die Befragten der Aussage «Der Einbezug der Bevölkerung bei verschiede-

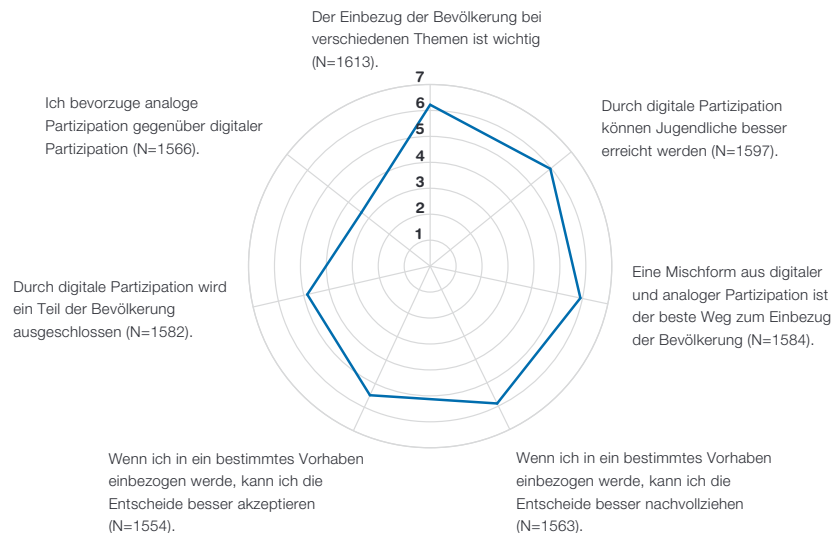
nen Themen ist wichtig» (MW⁵=6.22, SD=1.121, N=1613) am stärksten zustimmen, gefolgt von «Durch die digitale Partizipation können Jugendliche besser erreicht werden» (MW=5.96, SD=1.413, N=1597) und «Eine Mischform aus digitaler und analoger Partizipation ist der beste Weg zum Einbezug der Bevölkerung» (MW=5.92, SD=1.523, N=1584). Am wenigsten häufig stimmen die Teilnehmenden der Aussage «Ich bevorzuge analoge Partizipation gegenüber digitaler Partizipation» mit einer durchschnittlichen Bewertung von 3.36 (SD=2.022, N=1566) zu. Die Ergebnisse zu allen Aussagen sind in Abbildung 3 festgehalten.

- ⁴ Um mögliche Verzerrungen im Datensatz zu erkennen, wurden die Ergebnisse zum Interesse an der Politik und der wahrgenommenen Wichtigkeit von Partizipation im Allgemeinen zudem mit der Abbruchrate korreliert. Es konnten nur sehr schwache Korrelationen von $r=0.06$ für das politische Interesse und $r=0.1$ für die wahrgenommene Wichtigkeit der Partizipation im Allgemeinen festgestellt werden.
- ⁵ MW=Mittelwert.

Abb. 3

AUSSAGEN ZU PARTIZIPATION IM ALLGEMEINEN

■ Mittelwerte



Skala von 1 (= stimme ich überhaupt nicht zu) bis 7 (= stimme ich voll zu).

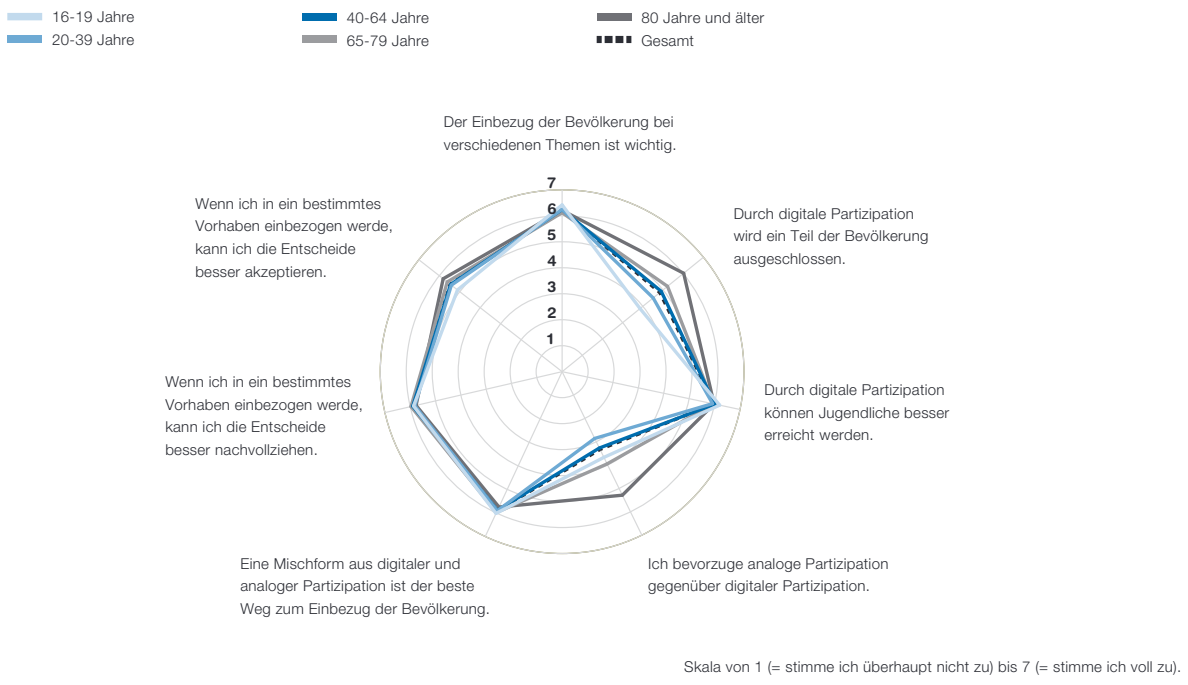
In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse aus Abbildung 3 bezüglich Alter, Bildung, Staatsangehörigkeit und Wohnort (Stadt und Land) genauer analysiert. Die Resultate zeigen, dass sich bezüglich der soziodemografischen Merkmale Alter, Bildung, Wohnort und Staatsangehörigkeit signifikante Unterschiede im Antwortverhalten feststellen lassen. Am stärksten sind diese Unterschiede zwischen verschiedenen Alterskategorien.

Abbildung 4 zeigt die Aussagen zu Partizipation im Allgemeinen nach Altersklassen. Bei den Aussagen «Durch digitale Partizipation wird ein Teil der Bevölkerung ausgeschlossen» sowie «Ich bevorzuge analoge gegenüber digitaler Partizipation» lassen sich signifikante Unterschiede zwischen den Altersklassen festmachen ($F=14.491$, $p=.001$, $N=1459$; $F=23.138$, $p=.001$, $N=1434$). In Bezug auf die Aussage «Durch digitale Partizipation wird ein Teil der Bevölkerung ausgeschlossen» lässt sich beobachten, dass je älter die Befragten sind, desto eher stimmen sie dieser Aussage zu. Die Aussage «Ich bevorzuge analoge Partizipation gegenüber digitaler Partizipation» wird vor allem von Personen der Altersklassen zwischen 16 und 64 Jahren eher abgelehnt.

Abb. 4

AUSSAGEN ZU PARTIZIPATION IM ALLGEMEINEN NACH ALTERSKLASSEN

Mittelwerte



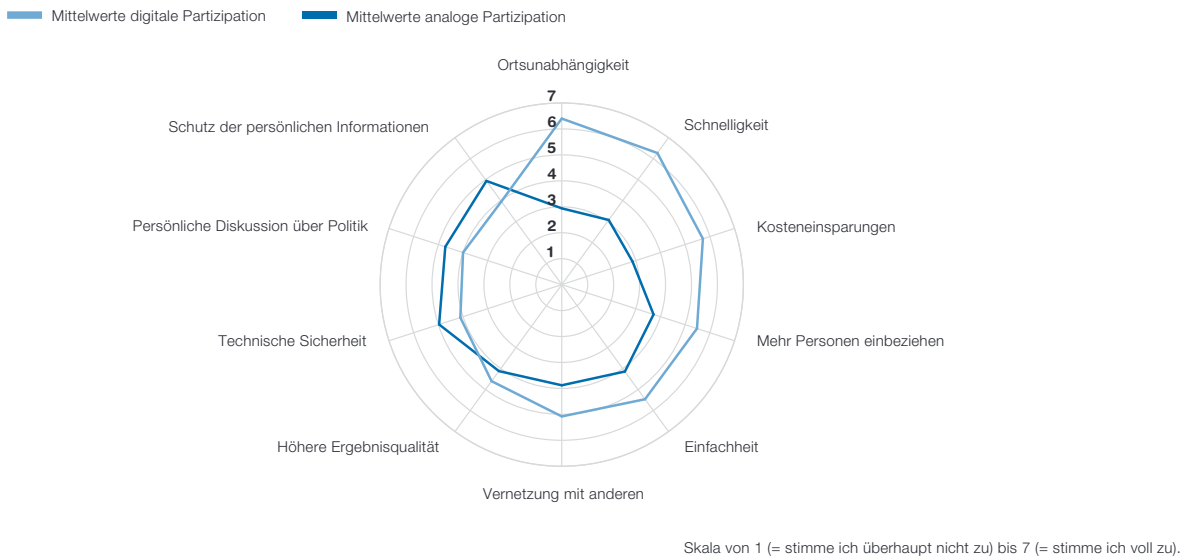
Die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Hochschulabschluss fallen weniger deutlich als diejenigen zwischen den Altersklassen aus. Signifikante Unterschiede lassen sich dennoch bei den folgenden Ausprägungen feststellen: Der Aussage «Der Einbezug der Bevölkerung bei verschiedenen Themen ist wichtig» ($F=12.937$, $p=.001$, $N=1499$) stimmen Personen mit Hochschulabschluss im Mittel mit 6.34 ($SD=0.978$, $N=644$) auf einer Skala von 1 (= stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (= stimme voll zu) signifikant etwas stärker zu als Personen ohne Hochschulabschluss ($MW=6.13$, $SD=1.188$, $N=856$). Bei der Aussage «Durch digitale Partizipation wird ein Teil der Bevölkerung ausgeschlossen» stimmen Personen ohne Hochschulabschluss signifikant etwas stärker zu ($F=7.829$, $p=.005$, $N=1475$; $MW_{OH}=4.96$, $SD=1.901$, $N_{OH}=841$; $MW_{mH}=4.68$, $SD=1.793$, $N_{mH}=634$). Zudem stimmen beide Personengruppen der Aussage «Ich bevorzuge analoge gegenüber digitaler Partizipation» eher nicht zu, wobei Personen mit Hochschulabschluss diese signifikant etwas stärker ablehnen ($F=24.858$, $p=.001$, $N=1488$; $MW_{OH}=3.57$, $SD=2.076$, $N_{OH}=829$; $MW_{mH}=3.04$, $SD=1.892$, $N_{mH}=632$).

Weitere geringe – jedoch statistisch signifikante – Unterschiede wurden in den Mittelwerten zwischen Land- und Stadtbevölkerung identifiziert. Es zeigt sich, dass Personen, die in einer Stadt wohnen, der Aussage «Der Einbezug der Bevölkerung bei verschiedenen Themen ist wichtig» signifikant leicht stärker zustimmen als Personen, die auf dem Land leben ($F=9.087$, $p=.003$, $N=1494$; $MW_S=6.31$, $SD_S=1.200$, $N_S=943$; $MW_L=6.13$, $SD_L=1.200$, $N_L=551$). Dasselbe lässt sich für die Aussage «Durch digitale Partizipation können Jugendliche besser erreicht werden» feststellen: Befragte, welche in einer Stadt leben, stimmen dieser Aussage signifikant etwas stärker zu als Personen, die auf dem Land wohnen ($F=3.990$, $p=.046$, $N=1489$; $MW_S=6.03$, $SD_S=1.343$, $N_S=940$; $MW_L=5.88$, $SD_L=1.452$, $N_L=549$).

Schliesslich lassen sich auch geringe Unterschiede im Antwortverhalten bei den folgenden drei Personengruppen feststellen: Gruppe der Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit, Gruppe der Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit und Gruppe der Personen mit einer Schweizer Staatsangehörigkeit und zusätzlich einer oder mehreren weiteren Staatsangehörigkeiten. Signifikante Unterschiede lassen sich bei folgenden drei Aussagen erkennen: «Durch digitale Partizipation wird ein Teil der Bevölkerung ausgeschlossen» ($F=3.017$, $p=.049$, $N=1593$), «Ich bevorzuge analoge Partizipation gegenüber digitaler Partizipation» ($F=6.034$, $p=.002$, $N=1524$) und «Eine Mischform aus digitaler und analoger Partizipation ist der beste Weg zum Einbezug der Bevölkerung» ($F=3.715$, $p=.025$, $N=1542$). Dabei stimmen Befragte mit Schweizer Staatsangehörigkeit der ersten Aussage «Durch digitale Partizipation wird ein Teil der Bevölkerung ausgeschlossen» am stärksten zu, gefolgt von der Gruppe von Personen mit Schweizer und zusätzlich einer weiteren oder mehreren Staatsangehörigkeiten (Mehrfach) und der Gruppe von Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit (Andere) ($MW_{CH}=4.95$, $SD_{CH}=1.865$, $N_{CH}=1201$; $MW_{Mehrfach}=4.70$, $SD_{Mehrfach}=1.755$, $N_{Mehrfach}=133$; $MW_{Andere}=4.46$, $SD_{Andere}=1.871$, $N_{Andere}=259$). Der Aussage «Ich bevorzuge analoge gegenüber digitaler Partizipation» stimmen im Mittel alle drei Gruppen eher nicht zu, am wenigsten jedoch die Befragten ohne Schweizer Staatsangehörigkeit ($MW=2.90$, $SD=1.878$, $N=242$), danach folgen Personen mit Schweizer und zusätzlich einer weiteren oder mehreren Staatsangehörigkeiten ($MW=3.07$, $SD=1.880$, $N=129$) und schliesslich die Befragten mit Schweizer Staatsangehörigkeit ($MW=3.49$, $SD=2.052$, $N=1153$). Weitere signifikante Unterschiede zeigen sich bei der Aussage «Eine Mischform aus digitaler und analoger Partizipation ist der beste Weg zum Einbezug der Bevölkerung», welcher Personen mit Schweizer und zusätzlich einer weiteren oder mehreren Staatsangehörigkeiten am stärksten zustimmen ($MW=6.01$, $SD=1.330$, $N=127$). Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit oder ohne Schweizer Staatsangehörigkeit stimmen dieser Aussage ebenfalls zu, jedoch etwas weniger stark ($MW_{CH}=5.97$, $SD_{CH}=1.477$, $N_{CH}=1174$; $MW_{Andere}=5.60$, $SD_{Andere}=1.774$, $N_{Andere}=241$).

Abb. 5

WAHrgENOMMENE VORTEILE ANALOGER UND DIGITALER PARTIZIPATION



Um den wahrgenommenen Unterschied zwischen digitalen und analogen Partizipationsverfahren zu analysieren, wurden den Befragten verschiedene Merkmale vorgelegt, welche sie jeweils als Vorteil sowohl für die digitale als auch die analoge Partizipation auf einer Skala von 1 (= trifft überhaupt nicht zu) bis 7 (= trifft voll zu) bewerten konnten. Die Ergebnisse sind in Abbildung 5 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Merkmale «Ortsunabhängigkeit», «Schnelligkeit», «Kosteneinsparungen», «Mehr Personen einbeziehen», «Einfachheit», «Vernetzung mit anderen» sowie «Höhere Ergebnisqualität» eher als Vorteil der digitalen Partizipationsmöglichkeiten angesehen werden, während «Technische Sicherheit», «Persönliche Diskussion über Politik» und «Schutz der persönlichen Informationen» eher den analogen Partizipationskanälen als Stärke zugeschrieben werden.

Auch zu den wahrgenommenen Vorteilen digitaler und analoger Partizipation wurden vertiefte Analysen zu den soziodemografischen Merkmalen der Befragten durchgeführt. Diese haben ergeben, dass sich signifikante Unterschiede im Antwortverhalten der Befragten bezüglich Alter, Bildung und der Staatsangehörigkeit ergeben. Auch hier sind wiederum die Unterschiede zwischen den Altersklassen am deutlichsten, weshalb im Folgenden nur auf diese im Speziellen eingegangen wird.

Bei den Altersklassen wird ein unterschiedliches Antwortverhalten für die wahrgenommenen Vorteile digitaler Partizipation festgestellt. Signifikante Unterschiede ergeben sich bei den folgenden Merkmalen: «Einfachheit» ($F=10.714$, $p=.001$, $N=1453$), «Schnelligkeit» ($F=3.074$, $p=.016$, $N=1464$), «Schutz der persönlichen Informationen» ($F=12.448$, $p=.002$, $N=1394$), «Technische Sicherheit» ($F=3.785$, $p=.005$, $N=1386$), «Vernetzung mit anderen» ($F=8.671$, $p=.001$, $N=1360$). Es zeigt sich, dass die jüngste Alterskategorie (zwischen 16 und 19 Jahren) das Merkmal «Technische Sicherheit» im Vergleich zu anderen Altersklassen eher nicht als Vorteil digitaler Partizipation ansieht. Die älteren Altersklassen ab 65 Jahren bewerten die «Einfachheit» und «Schnelligkeit» weniger als einen Vorteil.

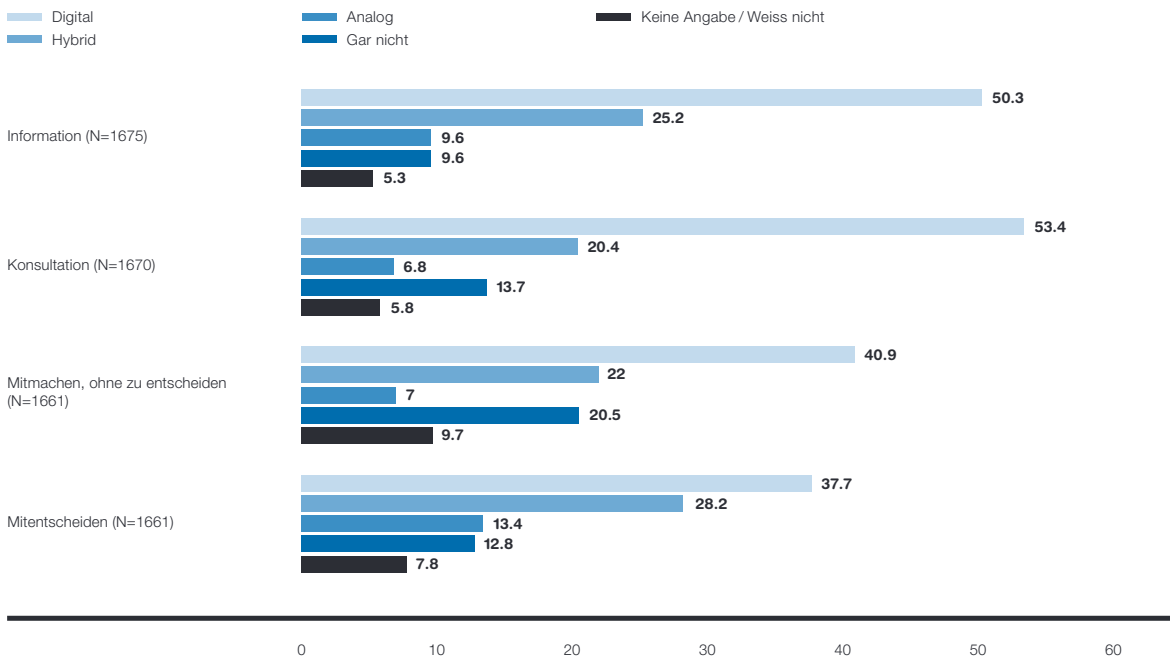
Zu den wahrgenommenen Vorteilen analoger Partizipation nach Altersklassen lassen sich zu folgenden Merkmalen signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen identifizieren: «Einfachheit» ($F=2.992$, $p=.016$, $N=1432$), «Schnelligkeit» ($F=5.28$, $p=.001$, $N=1435$), «Schutz persönlicher Informationen» ($F=3.980$, $p=.003$, $N=1395$), «Ortsunabhängigkeit» ($F=13.549$, $p=.001$, $N=1412$), «Kosteneinsparungen» ($F=5.056$, $p=.001$, $N=1337$) und «Mehr Personen einbeziehen» ($F=3.760$, $p=.005$, $N=1353$). Der deutlichste Unterschied zwischen den jüngeren und den älteren Befragten lässt sich beim Merkmal «Ortsunabhängigkeit» feststellen, wobei jedoch beide Gruppen das Merkmal nicht beziehungsweise eher nicht als Vorteil von analoger Partizipation bewerten.

«Es zeigt sich, dass die jüngste Alterskategorie die technische Sicherheit im Vergleich zu anderen Altersklassen eher nicht als Vorteil digitaler Partizipation ansieht. Die älteren Altersklassen ab 65 Jahren bewerten Einfachheit und Schnelligkeit weniger als einen Vorteil.»

Abb. 6

BEVORZUGTER PARTIZIPATIONSKANAL NACH PARTIZIPATIONSGRAD

Angaben in %



Des Weiteren wurde erhoben, welcher Partizipationsgrad (Information – Konsultation – Mitmachen, ohne zu entscheiden – Mitentscheiden) die Befragten mit welchem Partizipationskanal (Digital – Analog – Hybrid – Gar nicht) bevorzugen. Abbildung 6 zeigt, dass bei den Stufen Information, Konsultation, Mitmachen (ohne zu entscheiden) sowie Mitentscheiden die digitale Einbindung bevorzugt wird, jeweils gefolgt von einem hybriden Format. Hybride Formate umfassen eine Kombination von analogen und digitalen Partizipationskanälen.

Vertiefte Analysen zeigen die Unterschiede im Antwortverhalten nach soziodemografischen Merkmalen der Befragten. Insbesondere wird ersichtlich, dass nur Personen über 80 Jahre durchgehend über alle Partizipationsgrade hinweg knapp analoge Partizipation bevorzugen. Die weiteren Altersklassen bevorzugen entweder digitale oder hybride

Kanäle für die verschiedenen Partizipationsgrade. Ähnliches gilt, wenn Personen mit und ohne Hochschulabschluss betrachtet werden: Es werden bei allen Partizipationsgraden digitale oder hybride Kanäle bevorzugt. Die wenigen Befragten, die auf analogem Weg an den jeweiligen Partizipationsgraden teilnehmen möchten, sind eher Personen ohne Hochschulabschluss. Schliesslich ergeben sich auch Unterschiede zwischen den Personengruppen mit und ohne Schweizer Staatsangehörigkeit beziehungsweise mit der Personengruppe, die eine Schweizer und zusätzlich eine weitere oder mehrere Staatsangehörigkeiten besitzen. Es zeigt sich, dass über alle Partizipationsgrade hinweg digitale und hybride Kanäle bevorzugt werden, wobei sich die Gruppe der Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit am häufigsten ein digitales Format wünscht.

3 Partizipationsmöglichkeiten (Fallbeispiele)

Für die Befragung wurden drei fiktive Partizipationsmöglichkeiten entwickelt und den Teilnehmenden vorgelegt. Bei jedem dieser Fallbeispiele konnten die Befragten angeben, ob sie an der jeweiligen Partizipationsmöglichkeit teilnehmen würden. Zudem wurde abgefragt, auf welchem Partizipationsgrad (Information – Konsultation – Mitmachen, ohne zu entscheiden – Mitentscheiden) und über welchen Kanal (Digital – Analog – Hybrid – Gar nicht) sie in das jeweilige Partizipationsvorhaben einbezogen werden möchten. Im Folgenden werden die drei Partizipationsmöglichkeiten vorgestellt und die Antworten verglichen.

Fall 1: Raumplanungsprojekt

Stellen Sie sich vor, im Kanton Zürich gibt es ein neues Raumplanungsprojekt. Auf einem bestimmten Gebiet soll eine gemischte Überbauung mit Wohnungen und Gewerbe umgesetzt werden.

- Könnten Sie sich vorstellen, auf freiwilliger Basis an diesem Projekt als Vertretung der Bevölkerung an Sitzungen teilzunehmen?

Fall 2: Partizipatives Budget

Stellen Sie sich vor, im Kanton Zürich besteht die Möglichkeit, über einen Teil des Budgets (30'000 CHF) mitzubestimmen. Alle Interessierten können Ideen und Vorschläge eingeben.

- Würden Sie eine Idee eingeben?

Fall 3: Strategieentwicklung

Stellen Sie sich vor, im Kanton Zürich gibt es die Möglichkeit, zu aktuellen strategischen Projekten mitdiskutieren zu können. Es wird die Sportförderung diskutiert.

- Würden Sie an einer solchen Diskussion teilnehmen?

Abb. 7

BEREITSCHAFT, AN DEN FALLBEISPIELEN ZU PARTIZIPIEREN

Angaben in %

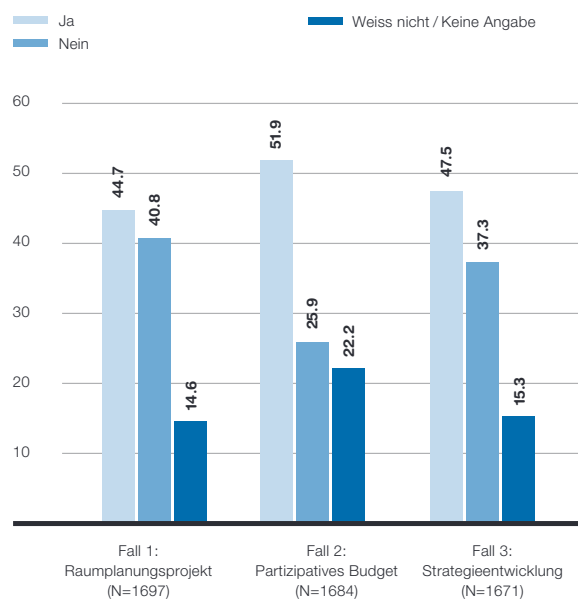


Abbildung 7 zeigt die Bereitschaft der Befragten, bei den einzelnen Fallbeispielen zu partizipieren. Beim Fallbeispiel 2, dem partizipativen Budget, würde eine Mehrheit von 51.9 Prozent (N=1684) eine Idee einreichen. Dies stellt im Vergleich mit den anderen beiden Fallbeispielen die grösste Bereitschaft zur Partizipation dar. Beim Fallbeispiel 1, dem Raumplanungsprojekt, würden 44.7 Prozent (N=1697) auf freiwilliger Basis als Vertretung der Bevölkerung an Sitzungen teilnehmen und beim Fallbeispiel 3, der Strategieentwicklung, geben 47.5 Prozent an, einer solchen Diskussion beiwohnen zu wollen (N=1671).

«Die jüngeren Befragten geben bei den Fallbeispielen ‹Partizipatives Budget› und ‹Strategieentwicklung› am häufigsten an, mitmachen zu wollen. Beim Fallbeispiel ‹Raumplanungsprojekt› hingegen sind sie die Gruppe, die am wenigsten zur Teilnahme bereit ist.»

In Bezug auf den Partizipationsgrad (Information – Konsultation – Mitmachen, ohne zu entscheiden – Mitentscheiden) und den Kanal (Digital – Analog – Hybrid – Gar nicht) scheinen sich die Präferenzen der Befragten für die Fallbeispiele nicht stark zu unterscheiden. Es zeigt sich, dass über alle Fallbeispiele und Partizipationsgrade hinweg am häufigsten die digitale Mitwirkung bevorzugt wird.⁶ An zweiter Stelle liegt ebenfalls bei allen drei Fallbeispielen der hybride Kanal.⁷ Dies spiegelt die Befunde aus Abbildung 6 wider, welche unabhängig von einem konkreten Fallbeispiel zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

⁶ Ausnahme; Bei Fallbeispiel 1 auf Stufe Mitmachen, ohne zu entscheiden, wird mit 33.0 Prozent ein hybrides, statt ein digitales Format (32.9%) knapp vorgezogen.

⁷ Ausnahme: Beim Fallbeispiel 3 auf Stufe Mitmachen, ohne zu entscheiden, wird mit 25.2 Prozent die Option ‹Gar nicht› dem hybriden Kanal (20.6%) vorgezogen.

Auch zu diesen Fragen wurden vertiefte Analysen vorgenommen. In Bezug auf das Alter wurden signifikante Unterschiede zwischen den Altersklassen gefunden. Es fällt auf, dass die jüngeren Befragten zwischen 16 und 19 Jahren bei den Fallbeispielen 2 und 3 am häufigsten angeben, mitmachen zu wollen. Beim Fallbeispiel 1 hingegen sind sie die Gruppe, die am wenigsten zur Teilnahme bereit ist. Dieser Befund könnte dadurch erklärt werden, dass bei Fallbeispiel 1 im Gegensatz zu Fallbeispiel 2 und 3 ein längerfristiges Engagement gefragt ist. Ferner zeigen die vertieften Analysen, dass die älteren Personen über 80 Jahre über alle Altersgruppen hinweg am häufigsten nicht teilnehmen würden (jeweils über die Hälfte wählt ‹Nein›). Nur bei dem Fallbeispiel 1 wird diese Altersgruppe noch von den jüngsten Befragten übertroffen. In Bezug auf die Bildung zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den Personengruppen mit und ohne Hochschulabschluss. Dabei stimmen Befragte mit Hochschulabschluss bei allen drei Fallbeispielen eher ‹Ja› als Personen ohne Hochschulabschluss. Der Unterschied ist jedoch gering. Des Weiteren zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit und ohne Schweizer Staatsangehörigkeit beziehungsweise mit Schweizer und einer oder mehreren weiteren Staatsangehörigkeiten bei Fallbeispiel 1 und 3. Dabei ist der Anteil ‹Ja›-Stimmen bei allen drei Gruppen ähnlich, Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit würden jedoch geringfügig weniger an den beiden Fallbeispiel teilnehmen als die anderen beiden Gruppen.

4 Partizipation im Kanton Zürich

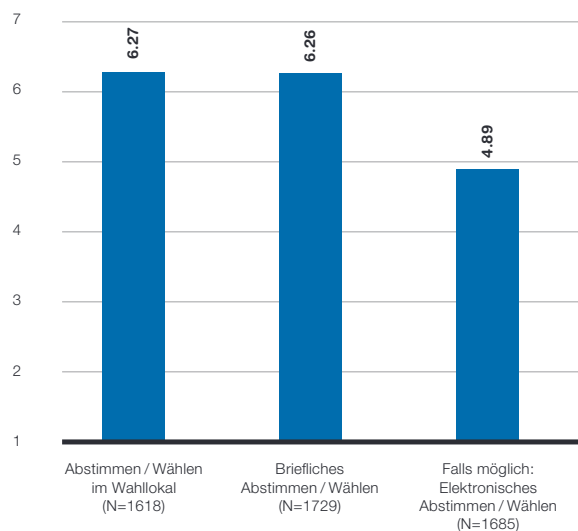
Im nächsten Teil der Befragung wurden Partizipationsmöglichkeiten im Kanton Zürich untersucht. Zu Beginn wurde das Vertrauen der Befragten in verschiedene formale⁸ Partizipationsmöglichkeiten mit einer Skala von 1 (= sehr tiefes Vertrauen) bis 7 (= sehr hohes Vertrauen) erhoben. Unter formalen Partizipationsmöglichkeiten wurde in der Befragung das briefliche Abstimmen, das Abstimmen an der Urne und das Abstimmen über das Internet zugeordnet. Die Antworten sind in Abbildung 8 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Befragten ein hohes Vertrauen gegenüber dem Abstimmen und Wählen an der Urne sowie brieflichem Abstimmen und Wählen aufweisen (MW=6.27, SD=1.362, N=1618; MW=6.26, SD=1.321, N=1729). Es wurde weiter abgefragt, ob die Teilnehmenden auch dem elektronischen Abstimmen und Wählen vertrauen würden, falls dies möglich wäre. Das Vertrauen in das elektronische Abstimmen und Wählen ist zwar mit einem mittleren Wert von 4.89 eher vorhanden, im Vergleich zu den herkömmlichen analogen Kanälen vertrauen die Befragten dieser formalen Partizipationsmöglichkeit jedoch deutlich weniger (SD=1.972, N=1685).

Abb. 8

ÜBERSICHT VERTRAUEN IN FORMALE PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN

Mittelwerte

Skala von 1 (= überhaupt kein Vertrauen) bis 7 (= sehr hohes Vertrauen).



⁸ Unter formalen Partizipationsmöglichkeiten werden in diesem Bericht festgeschriebene Prozesse zur Einbindung von Personengruppen verstanden.

«Die Befragten weisen ein hohes Vertrauen gegenüber dem Abstimmen und Wählen an der Urne sowie brieflichem Abstimmen und Wählen auf.»

«Die Befragten sehen im elektronischen Abstimmen und Wählen eher das Potential für Kosteneinsparungen sowie effizientes Arbeiten.»

Ferner wurden den Befragten verschiedene Aussagen zur digitalen Partizipation vorgelegt, welche sie auf einer Skala von 1 (= stimme ich überhaupt nicht zu) bis 7 (= stimme ich voll zu) bewerteten. Abbildung 9 hält die Ergebnisse fest und zeigt auf, dass die Befragten im elektronischen Abstimmen und Wählen eher das Potential für Kosteneinsparungen sowie effizientes Arbeiten sehen (MW=5.48, SD=1.742, N=1668) und zudem auch elektronisch abstimmen und wählen würden, falls dies möglich wäre (MW=5.24, SD=2.142, N=1684). Demgegenüber stimmen die Teilnehmenden den Aussagen «Wahlen und Abstimmungen per Internet sind anfälliger für Fehler/Manipulation als per Brief/ an der Urne» und «Der Kanton Zürich soll in der Schweiz Vorreiter bei der Nutzung des Internets für die politische Partizipation sein» mit einer durchschnittlichen Bewertung von 4.48 (SD=1.981, N=1669) beziehungsweise 4.78 (SD=1.981, N=1599) etwas weniger zu.

Abb. 9

AUSSAGEN ZU DIGITALER PARTIZIPATION

Mittelwerte

Skala von 1 (= stimme ich überhaupt nicht zu) bis 7 (= stimme ich voll zu).

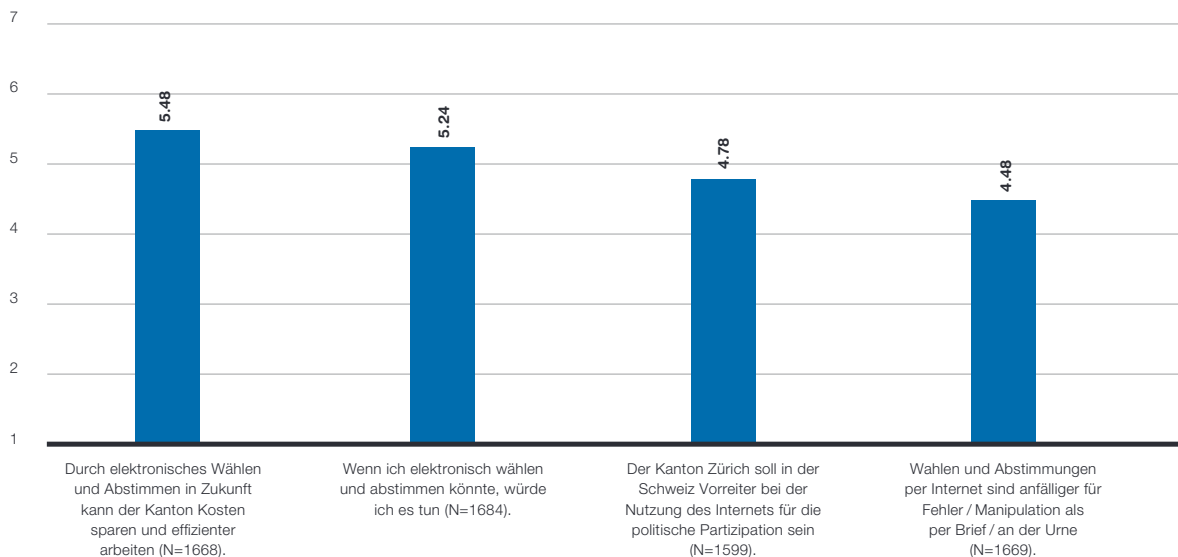
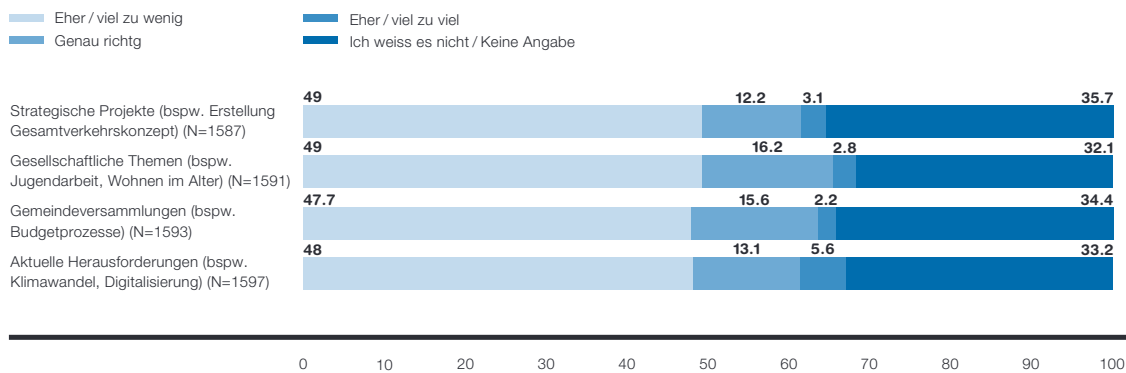


Abb. 10

PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN VERSCHIEDENER BEREICHE IM KANTON ZÜRICH

Angaben in %



Weiter wurden den Befragten verschiedene thematische Bereiche (strategische Projekte, gesellschaftliche Themen, Gemeindeversammlungen, aktuelle Herausforderungen) vorgelegt, bei denen sie graduell abgestuft angeben konnten, ob es nach ihrem Wissensstand die Partizipationsmöglichkeiten im Kanton Zürich zu wenig, zu viel oder genau richtig gibt. Abbildung 10 zeigt, dass jeweils über 47 Prozent der Befragten angeben, dass es in den vorgegebenen thematischen Bereichen mit eher zu wenige beziehungsweise viel zu wenige Partizipationsmöglichkeiten gibt.

«In Bezug auf die Bildung der Befragten lassen sich signifikante Unterschiede im Antwortverhalten bei allen vier Themenbereichen finden.»

Um zu erfahren, welche Personengruppen sich insbesondere mehr Partizipationsmöglichkeiten im Kanton Zürich wünschen, wurden weitere Analysen durchgeführt, welche sich auf die Personen beziehen, welche nicht die Antwortkategorie «Ich weiss es nicht/Keine Angabe» ausgewählt hatten. Es wurden signifikante Unterschiede bezüglich des Alters bei den Partizipationsmöglichkeiten «Strategische Projekte» ($\chi^2=33.302$, $p=.007$, $N=995$), «Gesellschaftliche Themen» ($\chi^2=46.986$, $p=.001$, $N=977$) und «Aktuelle Herausforderungen» ($\chi^2=26.461$, $p=.048$, $N=950$) gefunden. Dabei fällt auf, dass Personen ab 65 Jahren zwar am häufigsten «eher/viel zu wenig» angeben, diese Personen jedoch im Vergleich zu den anderen Altersklassen am meisten die beiden Kategorien «genau richtig» und «eher/viel zu viel» nennen (zwischen 4.8 und 36.1 Prozent). In Bezug auf die Bildung der Befragten lassen sich signifikante Unterschiede im Antwortverhalten bei allen vier Themenbereichen finden (strategische Projekte: $\chi^2=29.101$, $p=.001$, $N=1024$; gesellschaftliche Themen: $\chi^2=27.909$, $p=.001$, $N=1006$; Gemeindeversammlungen: $\chi^2=17.352$, $p=.002$, $N=1036$; aktuelle Herausforderungen: $\chi^2=20.812$, $p=.001$, $N=977$). Dabei fällt auf, dass über alle Themenbereiche hinweg eine Mehrheit von Personen sowohl mit als auch

ohne Hochschulabschluss «eher/viel zu wenig» auswählt, jedoch die Personengruppe ohne Hochschulabschluss stärker in den Kategorien «Genau richtig» und «eher/viel zu viel» vertreten ist (zwischen 4.5 und 28.3 Prozent). Bezüglich der Staatsangehörigkeit unterscheidet sich das Antwortverhalten nur bezüglich des Themenbereiches «Gemeindeversammlungen» ($\chi^2=13.519$, $p=.009$, $N=1042$). Die Unterschiede fallen zwar gering aus, aber Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit und Personen mit Schweizer und mindestens einer weiteren Staatsangehörigkeit geben etwas häufiger an, dass es eher beziehungsweise viel zu wenige Partizipationsmöglichkeiten im Kanton Zürich gibt (andere Staatsangehörigkeit: 75.4 Prozent, mehrere Staatsangehörigkeiten inkl. Schweizer: 72.7 Prozent, Schweizer Staatsangehörigkeit: 71.4 Prozent). Dass nur

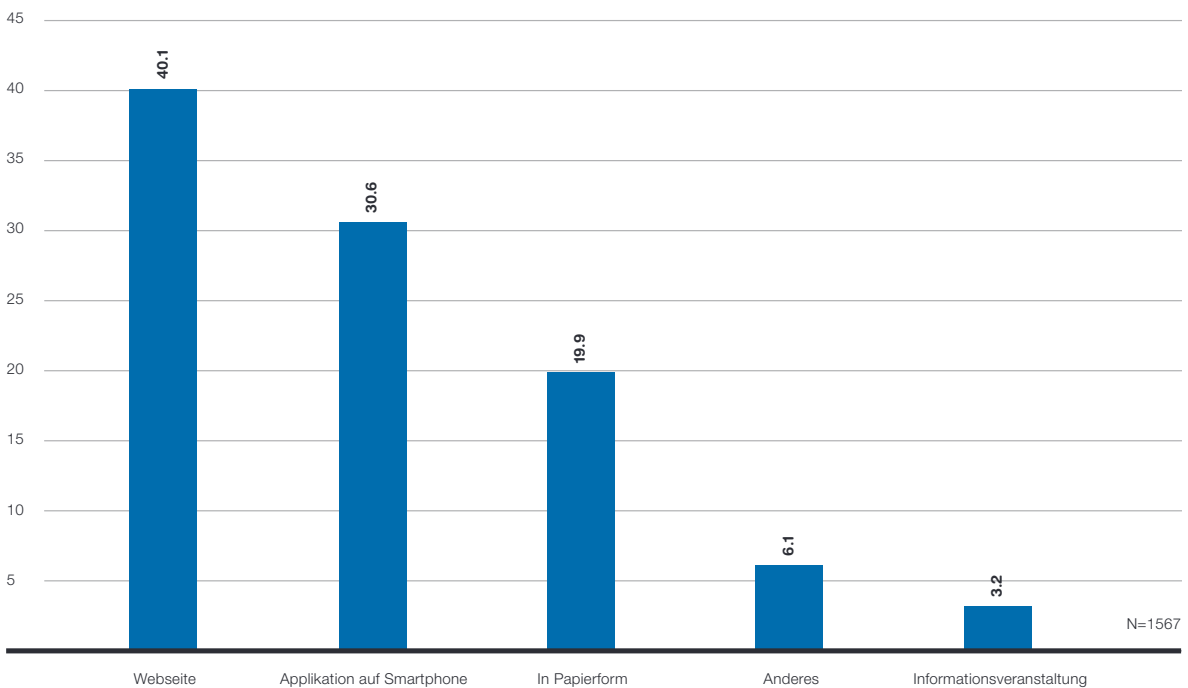
dieser Themenbereich signifikante Unterschiede im Antwortverhalten hervorruft, könnte insofern erklärt werden, dass dieser als einziger der vier Möglichkeiten formal die Schweizer Staatsangehörigkeit voraussetzt und folglich Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit ausschliesst.

Zum Schluss konnten die Teilnehmenden angeben, welchen Kanal sie bevorzugen, um Informationen vom Kanton Zürich zu erhalten. Abbildung 11 hält die Ergebnisse fest: 40.1 Prozent der Befragten wünschen sich Informationen via Webseite, 30.6 Prozent via eine Applikation (App) auf dem Smartphone und 19.9 Prozent möchten in Papierform informiert werden (N=1567).

Abb. 11

BEVORZUGTER INFORMATIONSKANAL

Angaben in %



5 E-Voting, E-Collecting, E-Vernehmlassung

Die Teilnehmenden wurden zusätzlich zu ihrer Meinung bezüglich der Einführung von E-Voting, E-Collecting und E-Vernehmlassung im Kanton Zürich befragt. Abbildung 12 zeigt, dass eine Mehrheit allen E-Partizipationsverfahren zustimmen würden: Dem elektronischen Abstimmen und Wählen im Kanton Zürich würden 69.7 Prozent der Befragten zustimmen (N=1630), die Einführung von elektronischer Unterschriftensammlung im Kanton Zürich würden 55.7 Prozent begrüssen (N=1624) und das elektronische Einholen von Rückmeldungen, zu beispielsweise Gesetzesänderungen, im Kanton Zürich würden 59.5 Prozent befürworten (N=1618).

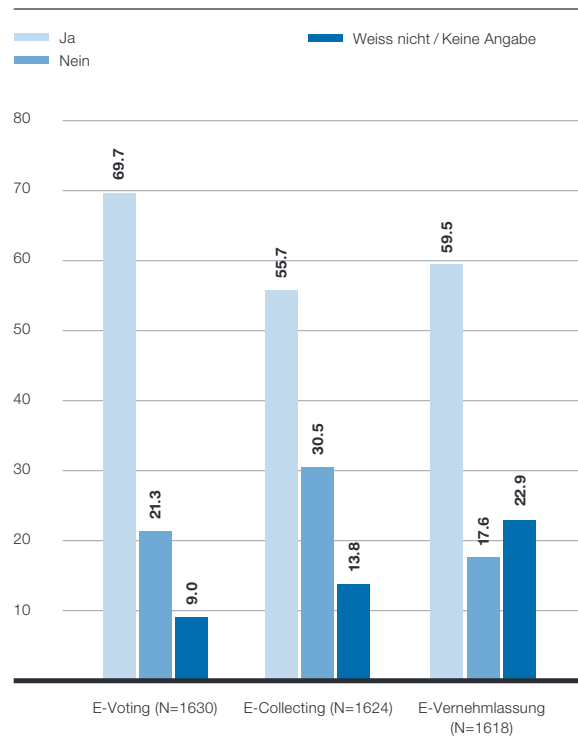
Als häufigster Grund für die Einführung des E-Votings wird von 966 der Befragten angegeben, dass das E-Voting das Wählen und Abstimmen einfacher macht. Zudem meinen 947 Teilnehmende, dass das E-Voting eine Reduktion der Umweltbelastung durch eine Verringerung des Papierverbrauchs bedeutet und 924 Befragte bewerten das E-Voting als zeitgemäss. Die häufigsten Gründe zur Einführung von E-Collecting decken sich mit denjenigen für die E-Vernehmlassung: E-Collecting beziehungsweise E-Vernehmlassung machen das Unterschriftensammeln respektive die Einholung von Rückmeldung einfacher (N=817, bzw. N=869), erhöht die Beteiligung beziehungsweise die Anzahl der Rückmeldungen (N=706 bzw. N=712) und es ist zeitgemäss (beide N=709). Die Gründe, weshalb E-Voting, E-Collecting und E-Vernehmlassung im Kanton Zürich nicht eingeführt werden sollten, sind für alle drei Verfahren gleich: Die Befragten äussern Datenschutz- ($N_{E\text{-Voting}}=273$; $N_{E\text{-Collecting}}=332$; $N_{E\text{-Vernehmlassung}}=214$) sowie Datensicherheitsbedenken ($N_{E\text{-Voting}}=291$; $N_{E\text{-Collecting}}=318$; $N_{E\text{-Vernehmlassung}}=187$) und sehen die fehlende Transparenz im Verarbeitungsprozess ($N_{E\text{-Voting}}=129$; $N_{E\text{-Collecting}}=154$; $N_{E\text{-Vernehmlassung}}=107$) als bedenklich.

Werden die vertieften Analysen zum Antwortverhalten der Befragten nach den soziodemografischen Merkmalen betrachtet, so fällt bezüglich des Alters auf, dass Personen ab 65 Jahren am wenigsten häufig den drei digitalen Partizipationsverfahren zustimmen würden, wobei die Zustimmung beim E-Voting mit 60.6 Prozent (65- bis 79-Jährige) bezie-

Abb. 12

EINFÜHRUNG VON E-VOTING, E-COLLECTING UND E-VERNEHMLASSUNG IM KANTON ZÜRICH

Angaben in %



hungsweise 31.3 Prozent (80-Jährige und Ältere) am höchsten ist. Bezüglich der Bildung lässt sich festhalten, dass sowohl Personen mit als auch ohne Hochschulabschluss allen drei digitalen Partizipationsverfahren zustimmen würden, der «Ja»-Anteil ist jedoch unter den Befragten mit Hochschulabschluss etwas höher. Schliesslich lassen sich auch Unterschiede nach Staatsangehörigkeit finden. Auch hier würde eine Mehrheit der Personen aller drei Gruppen (Schweizer Staatsangehörigkeit, Schweizer Staatsangehörigkeit und eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten sowie die Gruppe mit einer anderen Staatsangehörigkeit) die Einführung aller drei digitalen Partizipationsverfahren begrüssen, wobei die Anzahl Ja-Stimmen bei Befragten mit Schweizer Staatsangehörigkeit am tiefsten ist.

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

School of Management and Law

St.-Georgen-Platz 2
Postfach
8401 Winterthur
Schweiz

www.zhaw.ch/sml



swissuniversities